

**Allianz der öffentlichen
Wasserwirtschaft e. V. (AöW)
Reinhardtstr. 18A
10117 Berlin**

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

03.05.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Ünlü,

hier unsere Antworten zu Ihren Forderungen im Rahmen der Europawahl 2019:

Gewässerpolitik

Für mehr nachhaltigen Gewässerschutz!

Die AöW fordert, dass weitere Gewässerbelastungen vermieden und die Produzenten als Verursacher rechtlich stärker in die Verantwortung genommen werden. Bei der Zulassung von Produkten – insbesondere bei Medikamenten und Chemikalien – müssen die Verträglichkeit mit Wasser geprüft und die Zulassungsvoraussetzungen verschärft werden.

Dieser Forderung schließen wir uns an. Das Verursacherprinzip ist in allen Wirtschaftsbereichen zur Anwendung zu bringen.

2. Binnenmarktpolitik

Wasserwirtschaft von den Binnenmarktvorschriften ausnehmen!

Die AöW fordert, die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. September 2015 umzusetzen und die Wasserwirtschaft von den Binnenmarktvorschriften auszunehmen.

Dieser Forderung schließen wir uns an. Wir können nicht nachvollziehen, dass es Handelsverträge gibt, die dieses Recht nicht berücksichtigen und trotzdem eine Zustimmung im Europäischen Parlament bekommen.

Handelspolitik

Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck durch Freihandelsabkommen abwehren!

Die AöW fordert, in allen Freihandelsabkommen die öffentliche Wasserwirtschaft ausdrücklich auszunehmen.

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Dieser Forderung schließen wir uns an. Anstatt durch Handelsverträge Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auszuüben, sollte die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Dienstleistung öffentlich oder privat betrieben wird, der demokratischen Kontrolle der jeweiligen Bevölkerung überlassen werden. Wir lehnen dementsprechend Privatisierungsbestimmungen, die sich allein aus Handelsabkommen ergeben, ab und fordern hierfür zwingend die Durchführung eines Referendums.

PIRATENPARTEI
Deutschland

4. Steuerpolitik

Umsatzsteuer auf Abwasserentsorgung durch die öffentliche Hand verhindern!

Die AöW fordert, dass die bisherigen MwSt-Regelungen für die Aufgaben der öffentlichen Wasserwirtschaft beibehalten werden, um Gebühren- und Preissteigerungen zu verhindern. Dafür müssen alle Bestrebungen der EU, in diese bewährten Regelungen einzugreifen, unterbleiben.

Dieser Forderung schließen uns bedingt an. Solange nicht eine generelle Gleichheit des Mehrwertsteuersatzes auf alle Wirtschaftsgüter angewandt wird, aus deren Mehreinnahmen dann ein Sockel-Grundeinkommen finanziert wird, sehen wir keine Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen Regelungen.

5. Europäische Energiepolitik

Nutzung der Energiepotenziale in der öffentlichen Wasserwirtschaft stärken!

Die AöW fordert die Schaffung von verlässlichen und wesentlich besseren europäischen Rahmenbedingungen für die öffentliche Wasserwirtschaft zur Förderung der Nutzung der Energiepotenziale.

Dieser Forderung schließen wir uns an. Auch Wasserwirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand sind auf nationaler Ebene in die "Besondere Ausgleichsregelung" des EEG einzubeziehen. Gegebenenfalls wäre auch eine Legaldefinition wie für "Schienenbahnen" vorzunehmen.

Unter anderem durch steigende Nitrat- und Medikamenteneinträge in das Grundwasser ist von einer immer aufwändigeren Wasseraufbereitung mit steigenden Energieaufwand auszugehen. Auch unter Klimaschutzaspekten unterstützen wir die Forderung nach einer Förderung der Nutzung von Energieeinsparpotentialen auf der europäischen Ebene. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel eine entsprechende Klarstellung und Formulierung im Rahmen der derzeitigen Überarbeitung der EU-Trinkwasserrichtlinie.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.